



**Sprechzettel von**  
**Minister Herbert Reul**  
**Antrag der CDU- und FDP-Fraktion**  
**„Polizeieinsatz bei Demonstration gegen geplantes**  
**Versammlungsgesetz der Landesregierung am 26.06.2021“**  
**Sondersitzung des Innenausschusses am 01.07.2021**  
**in Düsseldorf**

— —

## Einleitung

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

- der Polizeieinsatz am vergangenen Wochenende in Düsseldorf hat sehr viele Fragen aufgeworfen.
- Im politischen Raum und in der Öffentlichkeit.
- Viele von diesen Fragen haben sich mir auch gestellt.
- Deshalb ist es gut, dass hier im Ausschuss und auch später im Plenum darüber intensiv gesprochen wird.
- Ich finde das richtig!
- Wenn es Kritik gibt, muss man diese ernst nehmen.
- Wenn Abläufe unklar sind, muss man soweit wie möglich Transparenz schaffen.
- Es geht hier und heute um den Polizeieinsatz.
- Um die konkreten Abläufe und Fakten.
- Um das Einschreiten von Polizistinnen und Polizisten.

- Aber auch um das Verhalten von Demonstrationsteilnehmern und die Rolle der Versammlungsleitung
- Man muss alle Seiten betrachten.
- Im Moment scheint mir die Debatte – liebevoll formuliert –etwas einseitig geführt zu werden.
- Ich höre und lese dabei sehr häufig, dass die Abläufe bei der Versammlung mit dem Entwurf der Landesregierung zu einem neuen Versammlungsgesetz für Nordrhein-Westfalen in Verbindung gebracht werden.
- Der Gesetzentwurf müsse wegen des Versammlungsverlaufs zurückgenommen werden.
- Das passt für mich nicht: das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.
- Ich will diese Debatte hier an dieser Stelle nicht vertiefen.
- Das gehört für mich an eine andere Stelle.
- Ich möchte eine detaillierte Aufklärung betreiben.

## Verlauf der Versammlung

Sehr geehrte Damen und Herren,

- es war für die Polizistinnen und Polizisten am letzten Samstag kein einfacher Einsatz.
- Das bringt das Versammlungsthema mit sich und die gesamte Debatte rund um eine Modernisierung der gesetzlichen Regelungen.
- Und wir erwarten von den Polizistinnen und Polizisten natürlich auch, dass sie bei Straftaten konsequent einschreiten.
- Notfalls eben auch unter Anwendung von Zwang.
- Das ist das staatliche Gewaltmonopol.
- Für die heutige Ausschusssitzung hat das Polizeipräsidium Düsseldorf berichtet
- Doch bevor ich jetzt zum konkreten Ablauf komme, soll Herr Hulverscheidt mit einer eingeblendeten Karte vomn der Zugstrecke einmal örtliche Orientierungshilfe geben.
- Nun zum Ablauf, das wird jetzt etwas detaillierter.

- Aber es ist glaube ich wichtig, das so darzustellen und bei den Fakten zu bleiben.
- Bereits zu Beginn der Versammlung um **11.40 Uhr** am letzten Samstag wurde der Versammlungsleitung – das waren übrigens zwei Personen – polizeiliche Verbindungsbeame zur Seite gestellt.
- Zum einem der Versammlungsleiter selbst kann ich übrigens auf Wunsch in nichtöffentlicher Sitzung noch etwas sagen.
- Verbindungsbeamte sind üblich bei derartigen Versammlungslagen, um eine dauerhafte Kommunikation mit dem Ziel der Deeskalation zu gewährleisten.
- Zwei Bereitschaftspolizisten standen den Versammlungsleitern demnach von Anfang an zur Verfügung.
- Um es so auszudrücken: die Verbindungsbeamten weichen den Versammlungsleitern eigentlich nicht von der Seite.
- Sie sind permanent ansprechbar.
- Auf diese Aufgabe werden die Beamten übrigens besonders vorbereitet und zum Beispiel zum Versammlungsrecht besonders fortgebildet.
- Dauerhafter Ansprechpartner zu sein ist das eine.

- Auf der anderen Seite werden über die Verbindungsbeamten Hinweise an die Versammlungsleitung weitergeben.
- Oder auch versammlungsrechtliche Anordnungen.
- Oder polizeiliche Maßnahmen erklärt.
- Um das vorweg zu nehmen:
- Diese beiden Beamten und auch der an der Versammlung eingesetzte Hundertschaftsführer haben sehr oft mit den beiden Versammlungsleitern gesprochen.
- Mindestens 30 Gespräche hat es gegeben – das sind jedenfalls die, die dokumentiert sind.
- Um **12.40 Uhr** zum Beispiel wird einem der Versammlungsleiter bereits der Hinweis gegeben, dass erste Versammlungsteilnehmer offensichtlich vermummt anreisen.
- So wurde dann bereits um **13.08 Uhr** eine Durchsage per Lautsprecherwagen gemacht.
- Tenor: es erfolgt keine Videobeobachtung durch stationäre Kameras der Polizei an der Aufzugsstrecke.
- Diese Aussage war der Versammlungsleitung wichtig.

- Bis 14.30 Uhr erfolgte diese Durchsage übrigens insgesamt 5 Mal über die zwei Lautsprecherwagen der Polizei.
- Um **13.30 Uhr** beginnt dann die Versammlung mit der Auftaktkundgebung – 1.300 Teilnehmer.
- Die Zahl wächst auf 3.000 Teilnehmer an.
- Die Teilnehmer sind während des Zuges übrigens durch die Organisatoren aufgeteilt in zehn Blöcke:
  - Block 1: „Leerer Block“ für Betroffene von Polizeigewalt und Anwältinnen und Anwälte, der sog. Robenblock.
  - Block 2: Kampagne Nationalismus ist keine Alternative (kurz: NIKA) und die Interventionistische Linke (IL).
  - Block 3: Klimagerechtigkeitsblock.
  - Block 4: Jugendblock
  - Block 5: Fußballfans Düsseldorf
  - Block 6: Antikapitalistischer/Internationalistischer Block
  - Block 7: Antifablock
  - Block 8: Linkspartei
  - Block 9: Fußballfans Köln
  - Block 10: Bunter Block mit allen weiteren Teilnehmern
- Bei NIKA im Block 2 handelt es sich um ein Bündnis, bei dem der Verfassungsschutz eine maßgebliche Beteiligung der linksextremistischen Interventionistischen Linken feststellt.

- Im Klimagerechtigkeitsblock, dem Block 3, gingen neben zivilgesellschaftlichen Akteure auch Angehörige linksextremistisch beeinflusster Bündnisse, wie zum Beispiel Ende Gelände, mit.
- Im Antikapitalistischen/Internationalistischen Block 6 wurden Fahnen der klar linksextremistischen Organisationen „Kommunistischer Aufbau“, „Kommunistische Jugend“ und „Kommunistisches Forum“ geschwenkt. Daneben waren unter anderem auch Symbole der kurdischen extremistischen Organisationen YPG und der YPJ zu erkennen.
- Im Antifablock hatten es die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten mit verschiedenen Gruppierungen zu tun, von denen einige dem gewaltbereiten linksautonomen Spektrum zuzurechnen sind.
- Dazu kamen anarchistische Gruppen, dogmatische Linksextremisten und Ultagruppen zweier großer Fußballvereine.
- Insgesamt befanden sich so unter den Demonstranten neben den zivildemokratischen Versammlungsteilnehmern auch gewaltbereite Extremisten.
- Während der Auftaktkundgebung haben Teilnehmerinnen und Teilnehmer – höchstwahrscheinlich von Extinction Rebellion – Maleranzüge angezogen.
- Das kennen wir.

- Dazu Maske, Sonnenbrille und Kapuze.
- Im Internet wurde dazu ein Gruppenfoto eingestellt.
- Um **14.12 Uhr** erging der Auftrag, diese Personen anzusprechen.
- Es erging vorsorglich der Hinweis auf eine mögliche strafbare Vermummung und zwar dann, wenn Gesichtspartien noch mehr verhüllt werden.
- Um **14.30 Uhr** setzt sich der Aufzug in Bewegung.
- Um **14.46 Uhr** wird gemeldet, dass die Personen von Extinction Rebellion den Hinweis offensichtlich ernst genommen haben.
- Die Kapuzen wurden teilweise abgesetzt, ebenso Sonnenbrillen.
- Um **15.01 Uhr** dann leider nicht mehr.
- Zu dem Zeitpunkt haben im Block der „Antifa“ viele Personen den Corona-Masken dunkle Sonnenbrillen angezogen, dazu Kapuzen und Schals über dem Kopf und den Ohren.
- Wohlgermerkt: Bei 26 Grad und sonnigem Wetter.
- Stichwort Vermummung: Im Moment ist es wegen der obligatorischen Corona-Maske zwar schwer zu beurteilen, wann das Ganze strafrechtlich relevant ist.

- Aber ohne Corona wäre das vermutlich bereits als Vermummung zu werten.
- Dazu kam zu diesem Zeitpunkt, dass Front- und Seitenbanner miteinander verknotet wurden.
- Warum das Ganze?
- Typischerweise dient das dazu, ein erforderliches Einschreiten der Polizei mindestens zu erschweren.
- Alles sah nach einer Vorbereitungshandlung aus.
- Die dort eingesetzten Ordner wurden also angesprochen, um auf die Versammlungsteilnehmer einzuwirken.
- Die Versammlungsteilnehmer wurden auch unmittelbar angesprochen.
- Zielrichtung: die Banner jedenfalls im Weiteren nicht so einzusetzen, dass ein Sichtschutz entsteht, der eine Identifizierung unmöglich macht.
- Um **15.14 Uhr** wurden aus dem Block der Düsseldorfer Ultras zwei Rauchtöpfe gezündet - auf der Oberkasseler Brücke.
- Das Zünden von Rauchtöpfen ist verboten, weil es gefährlich ist.
- Um **15.17 Uhr** noch ein Rauchtopf – jetzt im Block der Antifa
- An dieser Stelle ein kurzer Einschub:

- Es ist auch kritisiert worden, warum Polizeikräfte bei der Begleitung des Aufzugs den Helm getragen haben.
- Der wurde nach diesen Aktionen aufgezogen.
- Das dient dann übrigens dem Schutz der Polizistinnen und Polizisten
- Die Erfahrung hat gezeigt, dass Pyrotechnik manchmal auch auf Einsatzkräfte geworfen wird.
- Und ich brauche hier sicher nicht weiter auszuführen, dass hin und wieder auch andere Gegenstände auf Polizistinnen und Polizisten geworfen werden.
- Die Einsatzkräfte haben sich also zu ihrem Schutz vorbereitet – nicht mehr und nicht weniger.
- Die Fachleute meiner Polizeiabteilung bewerten das übrigens als sachgerecht und geboten.
- Weiter geht es um **15.43 Uhr**.
- Die immer noch verknoteten Banner werden als Sichtschutz bis über die Köpfe gezogen.
- Resultat: kein Einblick mehr in den Block.

- Und die polizeiliche Erfahrung zeigt, dass es nach solchen Abschottungen oft zu strafbaren Handlungen kommt.
- Genau darauf wurde die Versammlungsleitung vorher hingewiesen.
- Die Versammlungsleitung wird durch die Verbindungsbeamten erneut angesprochen und um Einwirkung gebeten.
- Bemerkenswert in diesem Zusammenhang: Die Versammlungsleitung teilte mit, das Verhalten nicht unterbinden zu wollen.
- Zu dem Zeitpunkt wird ein weiterer Rauchtopf abgebrannt.
- Um **15.48 Uhr** wurde der Versammlungsleiter erneut angesprochen.
- Erneute die Bitte, Banner nicht als Sichtschutz nutzen.
- Dabei wird auch darauf hingewiesen, den Aufzug unter Umständen anzuhalten und gefahrenabwehrende Maßnahmen zu treffen.
- Um **15.49 Uhr** wird in Höhe Fritz-Roeber-Straße erneut ein Rauchtopf gezündet.
- Zu den verknoteten und hochgehaltenen Bannern wurden nun noch Regenschirme geöffnet und über die Köpfe gehalten – also der Versuch einer kollektiven Vermummung.

- Auch hier wieder die Frage: Warum macht man das?
- Der Aufzug wird schließlich angehalten – **15.53 Uhr**.
- Zwischen die Aufzugsblöcke 6 (Antikapitalistischer/Internationalistischer Block) und 7 (Antifa) wird eine Polzeikette eingezogen.
- Seitliche Begleitkräfte befanden sich zu diesem Zeitpunkt an einem ungünstigen Standort im Bereich einer Böschung und mussten an dem Aufzug vorbeigehen,
- Um **15.55 Uhr** wurden diese Kräfte unter den hochgezogenen Bannern durchgehend mit Tritten und Schlägen angegangen.
- So die Schilderungen der Beamten.
- Diese haben sich ihren Weg dann quasi frei gedrückt – „Anwendung körperlicher Gewalt“ nennen das die Fachleute.
- Zeitgleich wird in diesem Block abermals ein Rauchtopf abgebrannt.
- Durch die Verbindungsbeamten wird einer der Versammlungsleiter angesprochen, mit der erneuten Bitte, auf die Versammlungsteilnehmer einzuwirken, sich friedlich zu verhalten.

- Zu dieser Zeit erfolgt auch eine Durchsage über den Lautsprecherwagen der Polizei an Schaulustige und Versammlungsteilnehmer, sich aus dem Gefahrenbereich des Rauchtropfs zu entfernen.
- Und die Maßnahmen der Polizei nicht zu behindern.

### Kritikpunkt: Journalisten

- Um **15.59 Uhr** wird es etwas unübersichtlich.
- Geschildert wird uns, dass es im Bereich Ratinger Straße/Heinrich-Heine-Allee zu weiteren massiven Angriffen aus dem Antifa-Block auf die Polizeikräfte kam.
- Auf der Ratinger Straße gegenüber der „Altstadtwache“ haben sich zunächst drei Beamte befunden.
- Die waren dort für Maßnahmen des Raumschutzes eingesetzt.
- Sie befanden sich also nicht direkt an der Versammlung, sondern standen dort zum Schutz der Polizeiwache.
- Noch einmal: sie waren zu dritt.

- Es scheint im Moment so, dass dieses Geschehen um **15.55 Uhr** der Auslöser für die nun folgenden Vorfälle und Maßnahmen gewesen ist.
- Denn plötzlich und unvermittelt griffen Versammlungsteilnehmern aus dem Antifa-Block diese drei Beamten an.
- Sie bewarfen die Beamten mit Gegenständen, darunter Straßenabsperrrungen, und schlugen mit Gegenständen wie Fahnenstangen auf sie ein.
- Zielrichtung war der Kopf der Beamten.
- Die Beamten hatten eine Häuserwand hinter sich und befanden sich unter starker Bedrängnis.
- Sie wurden auch verletzt, trugen Hämatome und Quetschungen davon.
- Die Wucht der Gewalt gegen den Kopf kann man auch daran erkennen, dass ein Einsatzhelm eine deutlich sichtbare Kerbe von den Schlägen aufweist.
- Gut, dass die Beamten die Helme getragen haben.
- Über den Lautsprecherwagen der Versammlung wurde übrigens dazu aufgerufen, sich mit der Antifa solidarisch zu zeigen.

- Sie merken schon, das ist nicht gerade das was die Verfasser des Grundgesetzes damit gemeint haben, wenn sie „friedlich und ohne Waffen“ in den Artikel 8 geschrieben haben.
- Es wurden Unterstützungskräfte durch die drei Beamten angefordert, die dann nach und nach eintrafen.
- Der Einsatzmehrzweckstock wurde passiv eingesetzt – also indem er als Verstärkung an den eigenen Unterarm angelegt wird.
- Er wird teilweise aber auch offensiv eingesetzt.
- Auch das Reizstoffsprühgerät kommt zum Einsatz.
- So die im Moment vorliegenden Schilderungen der vor Ort eingesetzten Kräfte.
- Diese wenigen Kräfte sahen sich zunächst mehreren hundert aggressiven Versammlungsteilnehmern gegenüber.
- Hinter sich eigentlich nur die Gebäudewand.
- Von daher mussten sich die Kräfte durch Zwanganwendung Abstand verschaffen, um den gezielten Angriffen entgehen zu können.
- Mit den hinzugerufenen weiteren Verstärkungskräften wird dann eine Polizeikette gebildet.

- Diese geht geschlossen in einer Wellenbewegung in Richtung der Störer vor und drängt diese dadurch in den Kreuzungsbereich ab.
- Die Fachleute nennen das „taktischen Raumgewinn“.
- Die Störungshandlungen können dadurch unterbrochen werden und es entsteht Distanz, um die Lage zu beruhigen.
- Das ist dadurch auch gelungen.
- Und genau in diese Maßnahme, in dieses Vorgehen der Polizeikette, sind die beiden Journalisten geraten.
- Sie standen im Prinzip zwischen Polizisten und Störern.
- Es gibt Youtube-Videos, auf denen kann man das gut erkennen.
- Die darf ich Ihnen aus rechtlichen Gründen nicht zeigen.
- Aber wenn Sie mit dem Datum der Versammlung danach suchen, finden Sie das sehr einfach.
- Noch einmal kurz zur zeitlichen Einordnung – der ganze Vorfall ereignet sich etwa zwischen **16.00 Uhr** und **16.06 Uhr**.

- Um **16.11 Uhr** meldet sich einer der Journalist, nämlich der mittlerweile bekannte DPA-Fotograf, bei einer Mitarbeiterin der Pressestelle des Polizeipräsidiums Düsseldorf und teilt mit, dass er von einem Polizisten angegriffen worden sei.
- Die Pressesprecherin befand sich vor Ort, in der Nähe des Geschehens.
- Das Presseteam der Polizei suchte den Journalisten sofort auf.
- Dieser schildert ihnen den Vorfall:
- Er sei von einem Beamten geschubst und mehrfach linksseitig – unter Einsatz des Einsatzmehrzweckstocks, der am Unterarm des Beamten anlag – geschlagen worden.
- Er habe Schmerzen und wolle Strafantrag stellen, sonst ginge es ihm aber gut.
- Ihm wurde sofort mitgeteilt, dass von Amts wegen eine Strafanzeige gefertigt werde.
- Der Journalist wurde von dem Presseteam aufgefordert, einen Arzt aufzusuchen, um seine Verletzungen bescheinigen zu lassen.
- Das mobile Presseteam hat den Journalisten in der Folge immer wieder an unterschiedlichen Örtlichkeiten gesehen.

- Er wurde immer wieder angesprochen und gefragt, ob es ihm gut geht – das hat er bejaht.
- Um **18.45 Uhr** wurde der Journalist erneut kontaktiert, um sich nach seinem Gesundheitszustand zu erkundigen.
- Zu diesem ganzen Vorfall möchte ich eine erste vorsichtige Bewertung abgeben.
- Deshalb „erste“ und „vorsichtig“, weil es ja ein Strafverfahren gibt.
- Der Ausgang bleibt jetzt erst einmal abzuwarten.
- Die Einsatzkräfte haben sich jedenfalls in einer hochdynamischen Einsatzsituation befunden.
- Auf den gerade angesprochenen Videos sieht man aber auch anderen Journalisten, bei denen ersichtlich ist, dass diese durch die Polizeikette im Prinzip einfach stehen gelassen werden.
- Bei dem Fall, über den wir sprechen, ist das leider anders gewesen.
- Obwohl der betroffene DPA-Journalist meiner Meinung eindeutig als solcher zu erkennen.
- Glauben Sie mir, mir wäre wirklich lieber gewesen, wenn die Beamten vor Ort einen Bogen um diese Journalisten gemacht hätten.

- Im Moment ist für mich eines noch nicht ganz geklärt:
- Die Berichtslage des Polizeipräsidiums Düsseldorf beschreibt das Vorgehen des Beamten als Abdrängen mit dem am Unterarm angelegten Einsatzmehrzweckstock gegen den Oberkörper.
- Der Journalist selbst spricht von Schlägen mit dem Einsatzmehrzweckstock.
- Wir haben überhaupt nur dieses eine Video davon gesehen, auf dem es den Anschein macht, als wäre ein Abdrängen erfolgt.
- Wenn es noch andere Videos gibt, stellen Sie uns die bitte im Sinne der Aufklärung zur Verfügung.
- Aber letztlich ist dies im Strafverfahren zu klären, auch wenn ich Ihnen hierzu gerne heute schon ein Ergebnis mitgeteilt hätte.
- In den sozialen Medien wird noch von einem dritten Journalisten gesprochen, der beim Vorgehen der Polizeikette auch weggeschoben wurde.
- Übrigens habe ich noch am Samstag der Versammlung, als ich davon erfuhr, beim DPA-Chefredakteur angerufen.
- Noch am Sonntag habe den DPA-Chefredakteur über meine Erkenntnisse informiert.

- Ich habe auch den Bundesvorsitzenden des Deutschen Journalistenverbandes angerufen und wollte wissen, ob es weitere betroffene Journalisten gibt.
- Die Antwort, die ich bekommen habe: Nein.
- Weiter im Ablauf:
- Um **16.07 Uhr** wird der Versammlungsleitung vor Ort schließlich die versammlungsrechtliche Auflage erteilt, Front- und Seitenbanner nicht als Sichtschutz nutzen zu dürfen.
- Um **16.09 Uhr** setzt sich der Aufzug wieder in Bewegung.
- Zwischen den Blöcken 6 (Antikapitalistischer/Internationalistischer Block) und 7 (Antifa) ist weiterhin die Polizeikette eingezogen.
- Um **16.10 Uhr** versuchten Versammlungsteilnehmer aus dem Antifa-Block, diese zu durchbrechen.
- Der für die Begleitung eingesetzte Hundertschaftsführer nahm dann persönlich Kontakt zu einem der Versammlungsleiter auf.
- Ergebnis: um **16.22 Uhr** wird sich erneut besprochen und festgelegt, dass die Polizeikette zwischen den Blöcken abgezogen und der Aufzug weiter seitlich begleitet wird.

- Um **16.34 Uhr** setzt sich der Aufzug wieder in Bewegung.
- Ab **16.39 Uhr** wird im Antifa-Block erneut festgestellt, dass Banner über die Köpfe hochgezogen und Schirme aufgespannt wurden – als Sichtschutz zur Verhinderung der Identifizierung.
- Um **16.54 Uhr** erfolgt eine Durchsage über den Lautsprecherwagen der Polizei, dass keine Zwischenkundgebung stattfinden wird – so der Wunsch der Versammlungsleitung.
- Um **17.00 Uhr** entscheidet der Polizeiführer, dass der Antifa-Block aus der Versammlung ausgeschlossen wird, falls das Verhalten weiter gezeigt wird – also Vermummung, hochgezogene Banner und aufgespannte Schirme.
- Um **17.04 Uhr** wird der Aufzug erneut angehalten.
- Der vor Ort eingesetzte Hundertschaftsführer spricht erneut mit dem Versammlungsleiter.
- Konkret: vor allen Dingen Banner senken und Schirme runter - zum x-ten Mal.
- Das wird begleitet von einer Durchsage des Lautsprecherwagens der Polizei.

- Um **17.22 Uhr** wird im Antifa-Block erneut ein Rauchtopf abgebrannt.
- Es kommt zu Schlägen auf Einsatzkräfte mit einem Regenschirm.
- Um **17.32 Uhr** wird aus dem Antifa-Block ein Flaschenwurf auf Polizeikräfte registriert.
- Um **17.38 Uhr** werden im Antifa-Block drei weitere Rauchtöpfe abgebrannt.
- Um **18.08 Uhr** wird dennoch erlaubt, dass sich der Aufzug wieder in Bewegung setzt.
- Im Antifa-Block zeigte sich den Einsatzkräften aber wieder das gleiche Bild: Banner hoch, Schirme aufgespannt, zur Vermummung geeignete Gegenstände angelegt.
- Um **18.11 Uhr** wurde der Antifa-Block dann mit zwei Polizeiketten am Beginn und am Ende des Blocks vom übrigen Aufzug getrennt – das ist die berühmte Einschließung.
- Das war an der Kreuzung Breite Straße / Bastionstraße – also etwa beim Verwaltungsgericht.
- Es ist uns durch das Polizeipräsidium Düsseldorf berichtet worden, dass es auch hier zum sogenannten „passiven Einsatz des Einsatzmehrzweckstocks“ und von Pfefferspray gekommen sei.

- Um **18.37 Uhr** wurden die abgetrennten Personen aus der Versammlung ausgeschlossen.
- Es gab dazu auch eine Durchsage über den Lautsprecherwagen der Polizei.
- Um **18.39 Uhr** gibt es eine weitere Durchsage, dass alle nicht ausgeschlossenen Versammlungsteilnehmer den Aufzug fortsetzen können.
- Dazu wurden noch Gespräche mit der Versammlungsleitung geführt.
- Letztlich wurde die Versammlung an Ort und Stelle fortgesetzt.
- Um **18.41 Uhr** und um **18.45 Uhr** wurde der Ausschluss des Antifa-Blocks noch zweimal wiederholt.
- Rechtsgrundlage für den Ausschluss war §18 Absatz 3 des Versammlungsgesetzes.
- Darüber hinaus hat das Polizeipräsidium Düsseldorf berichtet, dass den Betroffenen der Tatvorwurf des Landfriedensbruchs gemacht wird.
- Und es hat ja noch weitere Delikte gegeben, zum Beispiel den Verstoß gegen das Vermummungsverbot, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung usw.

- In der Zeit von **20.13 Uhr** bis **23.25 Uhr** werden von insgesamt 328 Personen die Personalien festgestellt, aus strafprozessualen Gründen.
- Dazu erfolgte eine Einschließung, also das Festhalten der Personen – nach § 163 b Strafprozessordnung.
- 283 wurden sukzessive nach Feststellung der Identität vor Ort entlassen.
- 7 Personen wurden der Gefangenensammelstelle zugeführt.
- 12 Personen haben übrigens ihre Fingerkuppen manipuliert, verklebt oder aufgeritzt.
- Aber auch von diesen Personen konnte die Identität festgestellt werden.
- 38 Minderjährige waren von der Maßnahme betroffen, dazu später mehr.

### Kritikpunkt: Einschließung

Sehr geehrte Damen und Herren,

- im Zusammenhang mit der Einschließung steht der Vorwurf im Raum, es wären **keine Getränke zur Verfügung gestellt worden** oder zu spät.
- Noch einmal zur zeitlichen Einordnung:
- **18.11 Uhr** - Einziehen von Polizeiketten,
- **18.37 Uhr** - Ausschließen der Versammlungsteilnehmer,
- um **19.31 Uhr** wurden 600 Flaschen Wasser – jeweils ein halber Liter – an zwei Ausgabepunkten bereitgestellt.
- Die Versorgungsmöglichkeit mit Getränken wurde mehrfach über Lautsprecherdurchsage der Polizei mitgeteilt und zwar um **19.58 Uhr**, **20.02 Uhr** und **21.14 Uhr**.
- Die Ausgabe der Getränke erfolgte ab **20.00 Uhr** in Bechern.
- Das finde ich jetzt für die Organisation, den Transport und die Bereitstellung zeitlich in Ordnung.
- Die Kräfte vor Ort haben allerdings festgestellt, dass das Angebot nur von wenigen angenommen wurde.

Kritikpunkt: Toiletten

- Als weiterer Kritikpunkt wird vorgetragen, dass **keine Möglichkeit zum Toilettengang** bestanden habe.
- Dazu vorweg – das gestaltete sich schwierig.
- Was hat das Polizeipräsidium Düsseldorf veranlasst?
- In der Zeit von **19.37 Uhr** bis **21.31 Uhr** ist versucht worden, mit vier Firmen Kontakt aufzunehmen, um an mobile Toiletten heran zu kommen.
- Zunächst erfolglos.
- Um **21.31 Uhr** gab es den Rückruf einer Firma.
- Vier Toiletten wurden bestellt, das wurde bestätigt, eine zügige Lieferung wurde in Aussicht gestellt.
- Allerdings war danach niemand mehr bei der Firma erreichbar, die Toiletten wurden entgegen der Aussage der Firma dann doch nicht geliefert.

- Über Lautsprecherdurchsagen sind die Personen mehrfach gebeten worden, sich bei den Einsatzkräften zu melden, wenn sie Hilfe bedürfen – **18.45 Uhr, 19.54 Uhr, 19.58 Uhr, 20.02 Uhr.**
- Wenn Personen sich vor Ort an Einsatzkräfte gewandt haben, sind sanitäre Einrichtungen zum Beispiel von Gaststätten aufgesucht worden.
- Das war aber wohl eher selten der Fall
- Erst später hat die Polizei festgestellt, dass sich die Personen mit einer Rettungsdecke einen sichtgeschützten Bereich über einem Gully geschaffen haben.
- Die Einschließung hatte ja keiner erwartet, das macht es schwierig.
- Da müssen wir – glaube ich – noch einmal überlegen, wie wir das zukünftig besser machen können.

#### Kritikpunkt: Umgang mit Minderjährigen

- Kritisiert wird auch der **Umgang mit Minderjährigen.**
- 38 waren es insgesamt.
- Kinder und Jugendliche wurde über Lautsprecherdurchsage mehrfach aufgefordert, sich bei den Polizisten an Ort und Stelle zu melden – **18.45 Uhr, 19.54 Uhr, 20.02 Uhr und 20.50 Uhr.**

- Das ist soweit gut, bis **19.38 Uhr** hatten sich 12 Minderjährige bei den Einsatzkräften vor Ort gemeldet.
- Aber dann dauert es zu lange: um **20.03 Uhr** wird der Auftrag erteilt, die Minderjährigen an Ort und Stelle abzuholen und ins Präsidium zu bringen.
- Das hätte eigentlich schon mit Beginn der Einschließung eingeleitet werden können.
- Von dort sollten die Eltern verständigt werden.
- Das Abholen an Ort und Stelle hat um **21.30 Uhr** begonnen.
- Fast zwei Stunden, nachdem sich die ersten Minderjährigen gemeldet haben.
- Das Präsidium ist ja nicht weit weg.
- Nochmal: Das ist viel zu lang, das ist nicht in Ordnung, das hätte schneller gehen müssen – Punkt!
- Die anderen Minderjährigen haben sich zwischenzeitlich auch bei den Einsatzkräften vor Ort gemeldet.
- Um **22.58 Uhr** wurde der letzte Minderjährige aus dem Präsidium entlassen.

- Um **23.05 Uhr** haben sich die letzten zwei Minderjährigen bei den Kräften vor Ort gemeldet.
- Es wurde Rücksprache mit den Eltern gehalten, um **23.15 Uhr** wurden sie in Absprache mit den Eltern vor Ort entlassen.

### Kritikpunkt: Tiefgarage

- In den sozialen Medien wird noch ein **weiterer Sachverhalt** thematisiert – in einer **Tiefgarage**, dazu gibt es auch ein Video.
- Dazu nur das Folgende, weil es dazu ein Strafverfahren gibt.
- Die betroffene Person hat im Zusammenhang mit der Versammlung einem Polizisten gegen das Bein getreten.
- Es besteht also der Verdacht eines Tätlichen Angriffs – das ist eine Straftat.
- Die Person wurde abseits der Versammlung von Polizeibeamten wiedererkannt, in Höhe einer Parkhauszufahrt.
- Die Personalien sollten zur Strafverfolgung festgestellt werden.
- Dazu sollte die Person in die Parkhauszufahrt geführt werden.
- Dabei leistete der Mann erheblichen Widerstand, schrie, ließ sich zu Boden fallen, trat und kniff die einschreitenden Polizisten.

- Die Beamten haben versucht, mit dem Mann zu sprechen, beruhigend auf ihn einzuwirken, zu deeskalieren.
- Das hat aber wohl nicht gefruchtet.
- In der Nähe befanden sich andere Personen – etwa 10 bis 15, die darauf aufmerksam wurden und sich mit dem Straftäter solidarisierten.
- Die Personen waren ziemlich aufgebracht.
- Das ist vielleicht ein wenig nachvollziehbar, wenn man den Grund des Einschreitens nicht kennt.
- Die polizeilichen Maßnahmen mussten also abgesichert werden – „Funktionssicherung“ nennen das die Fachleute.
- Die Person wurde schließlich zur Gefahrenabwehr in Gewahrsam genommen und der Gefangenensammelstelle zugeführt.
- Es hat sich bei den Einsatzkräften auch eine Person als Anwältin gemeldet.
- Diese wurde gebeten, sich zur Gefangenensammelstelle zu begeben.

Kritikpunkt: Verletzte

- Ein weiterer Punkt, der im Raum steht – es wird eine Zahl von **100 Verletzten** genannt, auch das **Rettungskräfte nicht zu den festgesetzten Personen** durften.
- Ich habe das bereits dargestellt, bei der Einschließung – vier Lautsprecherdurchsagen um **18.45 Uhr, 19.54 Uhr, 19.58 Uhr** und **20.02 Uhr**
- Personen, die medizinische Betreuung oder Hilfe benötigten, sollten sich an die Einsatzkräfte in der Umstellung wenden.
- Wir haben darüber hinaus einmal bei der Feuerwehr und dem Rettungsdienst der Stadt Düsseldorf nachgefragt:
- Im Zusammenhang mit der Gesamteinsatzlage wurden durch diese vier Personen in ein Krankenhaus eingeliefert, eine Person wurde vor Ort behandelt, wohl alle leicht verletzt.
- Nach Aussage der Feuerwehr und des Rettungsdienstes konnte jedem Hilfeersuchen nachgekommen werden.
- Es gab nach Bekunden der städtischen Rettungskräfte keine Einschränkungen oder Behinderungen durch die Polizei.

- Außerdem haben wir die örtlichen Krankenhäuser gefragt, in welcher Anzahl Krankenhauseinweisungen im Zusammenhang mit der Demo stattgefunden haben.
- 2 ambulante Behandlungen wurden uns berichtet.

### Kritikpunkt: Order aus dem IM

- Als letzter Aspekt die Fragestellung, ob es im **Vorfeld der Demonstration Gespräche** mit dem Polizeipräsidenten Düsseldorf aus meinem Haus gegeben hat und **ob Vorgaben zu Einsatzziele** gemacht wurden.
- Über derartige Einsatzlagen wird mein Haus über WE-Meldungen vorab informiert, das ist bekannt und nichts Neues.
- Und wenn es besondere Einsatzlagen sind, dann finden natürlich Gespräche dazu statt, um sich ergänzend zu informieren.
- Das ist ganz normal, ansonsten würden wir unsere Aufgabe als oberste Dienst- und Fachaufsicht nicht wahrnehmen.
- Deshalb ist das auch ihr erfolgt, die Fachleute machen das.
- Das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste spielt da auch eine Rolle, vor allen Dingen im Zusammenhang mit der Anforderung und Zuweisung von Kräften der Bereitschaftspolizei.

- Allerdings gilt der Grundsatz, dass die Verantwortung für die Beurteilung der Lage und für die Einsatzwahrnehmung in der Kreispolizeibehörde liegt.
- Das war auch hier der Fall.
- Von daher ganz klar: Nein, es hat aus meinem Haus keine Anweisungen gegeben.

### Abschluss

- Soweit die mir bis jetzt vorliegenden Berichte und Fakten.
- Für Nachfragen habe ich natürlich noch Spezialisten aus meinem Haus mitgebracht.
- Vielen Dank!